

REGIERUNGS PROGRAMM

der



SPD

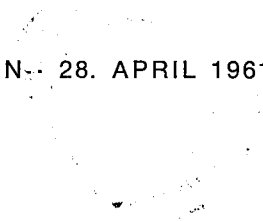
2211

DAS REGIERUNGSPROGRAMM DER SPD

AUSSERORDENTLICHER

KONGRESS DER SPD

BONNEN 28. APRIL 1961





A83 2211

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Eröffnung des Kongresses: Prof. Dr. Carlo Schmid	5
Referat: Erich Ollenhauer	9
Referat: Herbert Wehner	13
Das Regierungsprogramm der SPD: Willy Brandt	19
Schlußreferat: Waldemar von Knoeringen	43

Professor Dr. Carlo Schmid,

Vizepräsident des Deutschen Bundestages:

Exzellenzen! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich eröffne den Außerordentlichen Kongreß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der in Ausführung der Beschlüsse des Parteitages in Hannover auf den heutigen Tag nach Bonn einberufen worden ist. Es ist mir eine Freude, so viele Gäste begrüßen zu dürfen. Daß Sie, meine Damen und Herren, so zahlreich unserer Einladung gefolgt sind, bezeugt das Interesse, das dieser Kongreß in der Öffentlichkeit findet.

Ich begrüße die Herren Botschafter und Vertreter der bei der Bundesrepublik akkreditierten diplomatischen Missionen, die anwesenden Ministerpräsidenten, Minister und Senatoren deutscher Länder, die Mitglieder des Bundestages und der Landtage, die Vertreter der Kirche, die anwesenden Bürgermeister und Vertreter der Städte, die Vertreter des deutschen Geisteslebens, jene Frauen und Männer, die sich Kunst und Wissenschaft, Literatur und Erziehung, Lehre und Forschung besonders verpflichtet wissen. Ich begrüße die Vertreter der Gewerkschaften sowie die Vorsitzenden der Kammern und Verbände. Ich begrüße die Vertreter der deutschen Sportbewegung, und sie alle, die als Vertrauensleute der Partei von Flensburg bis Passau, von Trier bis Hersfeld und aus Berlin hierherge- reist sind, jene Frauen und Männer, auf deren Schultern soviel Verantwortung liegt, die die Hauptlast der Anstrengungen tragen und zu tragen haben werden, die diese Partei unternommen hat und unternommen wird, um nach besten Kräften mit den Mitteln dieser Zeit zum Wohle unseres Volkes, des ganzen deutschen Volkes, wirken zu können.

Auf diesem Kongreß wird kein Grundsatzprogramm verkündet. Das Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands liegt fest. Es ist das Godesberger Programm von 1959, in dem unsere Partei die Konsequenzen aus den in den letzten Jahrzehnten eingetretenen Veränderungen der gesellschaftlichen, politischen und

wirtschaftlichen Verhältnisse gezogen hat und worin sie den neuen Möglichkeiten Rechnung trug, eine Welt zu schaffen, in der die Idee des Menschen mit der Realität seiner Existenz in einer arbeitsteiligen pluralistischen Industriegesellschaft zur Deckung kommen kann.

Hier wird auch nichts am Manifest von Hannover geändert werden. Heute wird der Öffentlichkeit mitgeteilt, was eine sozialdemokratische Regierung auf dem Grunde unserer Vorstellung vom Menschen in dieser Welt, der Erkenntnis der Notwendigkeiten und Möglichkeiten dieser Zeit in Ausführung des Manifestes von Hannover in den vier Jahren nach der Wahl tun wird, damit jene Bestimmungen des Grundgesetzes verwirklicht werden, die uns aufgegeben haben, einen demokratischen, parlamentarisch regierten sozialen Rechtsstaat bundesstaatlicher Ordnung zu schaffen.

Mancher mag der Meinung sein, dieses Werk sei schon vollendet; Willy Brandt wird zeigen, was von dieser Meinung zu halten ist.

Jene, die glauben, dieser Kongreß werde sich nur darin erschöpfen, Antworten auf Parteitagereden der CDU — Reden von gestern von vorgestern — zu geben, täuschen sich. Daß man sich jüngst in Köln gerühmt hat, ist natürlich. Daß man die Auseinandersetzungen mit der SPD im wesentlichen auf Schelten beschränkte, ist bedauerlich. Daß man meinte, sich gegenüber der Forderung des Tages mit dem Hinweis auf gestern begnügen zu können, gehört in das Bild einer Partei, für die der Weisheit letzter Schluß zu sein scheint: „Keine Experimente“, und außer dem Ahlener Programm, dem sie inzwischen abgeschworen hat, kein Programm zu haben.

Niemals zusammen mit der SPD die Regierungsverantwortung tragen zu wollen, zeugt von einem Denken, in dem Anmaßung, Selbstgerechtigkeit und Affekte eine größere Rolle zu spielen scheinen als politischer Verstand, eine größere Rolle als Einsicht in die Dialektik aller Geschichte und als der Wille, alle demokratischen Möglichkeiten offenzuhalten. Wer durch Erklärung vor der Wahl versucht, die Zusammensetzung einer künftigen Regierung festzulegen, raubt den Wählern die eigentliche Entscheidung.

Man weiß, daß wir Sozialdemokraten seit jeher vertreten haben, daß die politische Krise, in der sich heute die Welt befindet, daß insbesondere die Häufung der Schwierigkeiten, die sich der Wiedervereinigung unseres Volkes entgegenstellen, die engste Zusammenarbeit aller politischen Kräfte in unserem Lande zur gebieterischen Notwendigkeit macht. Wenn wir diese Notwendigkeit einer gemeinsamen Politik in Schicksalsfragen immer wieder betont haben und

immer wieder betont werden, so sollte man dies nicht als den Versuch einer Anbiederung an die bisherige Regierungspartei betrachten.

Wir entwickeln unser Programm und unsere Vorstellungen von dem, was in den nächsten vier Jahren getan werden muß und kann, aus dem Willen zu vaterländischer Verantwortung und unseren Vorstellungen von der Sachgerechtigkeit im jeweiligen Hier und Jetzt. Andere mögen dasselbe tun. Wir sind jederzeit bereit, zu prüfen, ob — ohne daß sich ein Teil dem anderen unterzuordnen hat — ein gemeinsamer Weg gegangen werden kann. Das notwendige Zusammenstehen der demokratischen Kräfte in Lebensfragen der Nation, das wir fordern, hat nichts mit Koalitionsangeboten zu tun. Wir werden als Regierung uns um jene gute Zusammenarbeit mit der Opposition von morgen bemühen, die wir heute vermissen müssen. Über die Zusammensetzung der Regierung wird nach der Wahl geredet werden müssen.

Wo wir Sozialdemokraten die Schwerpunkte dessen sehen, was eine neue Regierung sich angelegen lassen sein muß, wird Willy Brandt darlegen. Er spricht als der Kandidat, den die Sozialdemokratische Partei für das Kanzleramt vorgesehen hat. Ob aus der Kandidatur ein Amt wird, werden die Wähler zu entscheiden haben. Aber sie sollen wissen, wofür sie sich entscheiden, wenn sie ihre Stimme abgeben.

Uns genügt es nicht, den Wählern zu sagen: „Nichts aufs Spiel setzen!“ oder: „Vertraut unserem Mann!“ Wir haben eine umfassende Bestandsaufnahme durchgeführt. Wir haben uns sorgfältig überlegt, was not tut, wenn die Chancen, die Einheit unseres Vaterlandes wiederzugewinnen, nicht vertan werden sollen, wenn wir unser Leben in gesicherter Freiheit sollen führen können, wenn unsere Landesverteidigung wirksam und sinnvoll eingerichtet werden soll, zusammen mit unseren Verbündeten und in vernünftiger Arbeits- und Lastenverteilung mit ihnen. Wir haben uns auch überlegt, was getan werden muß, um alle an dem durch die Arbeit aller sich steigenden Wohlstand der Nation gerecht zu beteiligen.

Wir wollen durch unser Regierungsprogramm zeigen, wie wir glauben, dieses Notwendige möglich machen zu können. Das ist der Grund, weswegen wir die Regierungsverantwortung erstreben. Wir glauben, daß wir es besser machen werden als die Regierenden von gestern und heute. Die Regierung Willy Brandts wird eine Staatsregierung sein und nicht eine Parteiregierung, die glauben könnte, daß das, was für die Partei gut sein mag, auch für den Staat gut sein müsse.

Regieren, ja, jedes politische Verhalten überhaupt fordert den Mut zu Entscheidungen, nicht in einsamen Entschlüssen, aber auch nicht in der Anonymität von Versammlungsbeschlüssen. Regieren bedeutet, daß sich die Frauen und Männer, denen das Parlament in Ausführung und Auslegung der Grundentscheidung der Wählerschaft die Ehre und die Last seines Vertrauens auferlegt hat, nach sorgfältiger Beratung und Auseinandersetzung mit allen verantwortlich fühlenden und handelnden politischen Kräften der Nation zu einem bestimmten Handeln entschließen und bereit sind, dieses Tun zu verantworten und für das Recht zum Handeln immer aufs neue den Vertrauensbeweis zu fordern. Die Frauen und Männer, für die die Sozialdemokratische Partei Deutschlands um dieses Vertrauen wirbt, werden sich dieser Verantwortung stellen, mutig und besonnen, wägend und wagend was die Forderung des Tages gebietet.

Erich Ollenhauer,

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Der Wahlkampf 1961 ist der erste Bundestagswahlkampf, den die Sozialdemokratische Partei Deutschlands seit der Verabschiedung des Godesberger Programms durchführt. Das Godesberger Programm ist der Versuch, die Vorstellungen des demokratischen und freiheitlichen Sozialismus in Beziehung zu den gesellschaftspolitischen und geistigen Entwicklungen unserer Zeit zu setzen. Es ist der Versuch, auf die Fragen, die die gegenwärtige stürmische Entwicklung auf allen Gebieten unseres gesellschaftlichen Lebens aufweist, Antworten zu geben und Lösungen zu finden. Sie sollen den Menschen ein größeres Maß von Sicherheit geben und ihnen die Furcht vor dem Leben in Gegenwart und Zukunft nehmen. Denn um die Sicherheit und das Glück der Menschen geht es.

Unser Godesberger Programm hat ein tiefgehendes und weltweites Interesse gefunden. Es wird von allen Menschen diskutiert, die am geistigen Leben unserer Zeit Anteil nehmen und die von den Problemen unserer Zeit wissen.

Angesichts dieser Tatsache ist ein bedrückendes Zeichen für die geistige Armut des politischen Lebens in der Bundesrepublik, daß die gegenwärtige Mehrheitspartei, die CDU/CSU, an dieser Auseinandersetzung über Inhalt und Zielsetzung des Godesberger Programms bisher nicht ernsthaft teilgenommen hat. Im Gegenteil, auf ihrem Kölner Parteitag hat sie sich geradezu mit ihrer eigenen Programmlosigkeit gebrüstet und hämisch von der „Programmcherei“ der SPD gesprochen. Was hier als Überlegenheit und Stärke wirken sollte, ist in Wirklichkeit ein Ausdruck der Unfähigkeit.

Der immer neue Versuch, der auch in Köln wieder deutlich wurde, das Interesse dieser Partei mit dem Interesse des Staates gleichzusetzen, ist nicht nur eine Anmaßung und eine demokratiefeindliche Haltung. Er ist auch der Ausdruck der Unfähigkeit der CDU zur Bestimmung eines eigenen, in sich ruhenden und von allen Kräften

in der Partei anerkannten Standorts in unserem gesellschaftlichen Leben. Die CDU/CSU ist eine Partei ohne Programm. Das Ahlener Programm ist begraben, und die Grabinschrift heißt: „Die Grenzen des sozialen Rechtsstaats sind erreicht.“

In dieser Programmlosigkeit, die auch durch noch so viele Tätigkeitsberichte von Ministern nicht aufgehoben werden kann, offenbart sich die entscheidende Schwäche der CDU/CSU, als Partei, als selbständiges politisches Gebilde im demokratischen Staat eine Antwort auf die Fragen unserer Zeit zu finden.

Allein schon die Gegensätzlichkeit der Interessen im gesellschafts-politischen Raum zwingt die CDU/CSU zu einer Politik des Vonder-Hand-in-den-Mund-Lebens. Sie hindert sie an einem Durchbruch nach vorn auf irgendeinem Gebiet unseres gesellschaftlichen Lebens.

Der materielle Wohlstand der Hochkonjunktur, die überheblichen und unwahrhaften Selbstbelobigungen auf dem Parteitag in Köln können die Hilflosigkeit dieser Partei in der Entwicklung eigener Vorstellungen zur Lösung der großen politischen und sozialen Probleme unserer Zeit nicht verdecken.

Wir Sozialdemokraten gehen mit der Verkündung unseres Regierungsprogramms den Weg konsequent weiter, den wir mit der Annahme unseres Godesberger Programms beschritten haben. Das Regierungsprogramm von heute ist nicht die Realisierung des Godesberger Grundsatzprogramms. Es ist aber erst recht nicht die opportunistische Verleugnung des Godesberger Programms aus wahltaktischen Gründen. Es ist der Versuch, im Geist des Godesberger Programms konkret und deutlich zu sagen, was eine neue, sozialdemokratisch geführte Bundesregierung in der nächsten Legislaturperiode praktisch tun wird, um die Bundesrepublik Deutschland zu einem demokratischen und sozialen Rechtsstaat zu entwickeln.

Die Lösung dieser Aufgabe ist für die deutsche Politik die Aufgabe der Gegenwart, und unsere Stärke als Sozialdemokraten ist, daß unsere Vorstellungen über den Inhalt einer modernen Demokratie mit der nationalen Notwendigkeit übereinstimmen, die Bundesrepublik durch den Ausbau zu einem demokratischen und sozialen Rechtsstaat lebenskräftig und krisenfest zu machen.

Dieser demokratische und soziale Aufbau macht auch erst unseren Anspruch glaubwürdig, eine unangreifbare Alternative zu totalitären Staatsbildern und Machtansprüchen zu haben und ein vertrauenswürdiger Partner der freien Völker zu sein. Die nationale und die internationale Entwicklung erfordern diese Alternative nicht als ein

fernes Wunschbild, sondern als Wirklichkeit von morgen. Mit unserem Regierungsprogramm weisen wir den Weg, und in ihm haben wir die Vorstellungen der Mittel entwickelt, die uns zu dieser Realität führen werden.

Die Verwirklichung unseres Regierungsprogramms wird bedeuten, daß wir in vier Jahren, gestützt auf das Vertrauen unserer Wähler in unserem Land, eingebettet und eingeordnet in die Gemeinschaft der freien Völker, Geist und Sinn unseres Grundgesetzes zu vollem Leben entwickeln und eine Gesellschaft der demokratischen Freiheiten und der sozialen Gerechtigkeit werden.

Wir stützen unser Regierungsprogramm nicht nur auf die Einsichten und Erkenntnisse unseres Godesberger Programms, nicht nur auf die sachliche und gewissenhafte Prüfung der realen Möglichkeiten seiner Verwirklichung. Wir stützen es auch auf die tausendfältigen Erfahrungen von Sozialdemokraten aus ihren großen und sichtbaren Aufbauleistungen in den hinter uns liegenden 16 Jahren, vor allem in den Ländern und Gemeinden. Es ist eine offenkundige historische Unwahrheit, wenn die heutige Regierungspartei immer wieder die Aufbauleistung des deutschen Volkes seit 1945 als das Verdienst einer Regierung und einer Partei für sich in Anspruch nimmt.

Diese Aufbauleistung ist eine Gesamtleistung aller Schichten unseres Volkes, und in ihrem Rahmen spielen die Leistungen von Sozialdemokraten in Ländern und Kommunen eine hervorragende und unbestreitbare Rolle.

Diese unsere Leistungen beweisen: Die Sozialdemokratie ist vertrauenswürdig und regierungsfähig. Sie ist die Partei, die die Zukunft meistern wird. In dieser Gewißheit gehen wir in den Wahlkampf, und in dieser Gewißheit werden wir siegen.

Herbert Wehner,

Stellvertretender Vorsitzender
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands:

Heute lösen wir ein Versprechen ein. Willy Brandt, vom sozialdemokratischen Parteitag, den Vertretern der ganzen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, in Hannover einstimmig zum Kandidaten für das Amt des Bundeskanzlers erwählt, legt heute das Regierungsprogramm vor, durch das wir allen Wahlberechtigten klar, hart und realistisch sagen, was für unser Volk in der Welt von heute getan werden muß.

Willy Brandt gebührt unser Dank für die große, gewissenhaft verrichtete Arbeit, die in diesem Programm steckt. Er hat, unterstützt von der Mannschaft, in den fünf Monaten seit dem Parteitag von Hannover schöpferische Kräfte in Bewegung gebracht, die sich in den Dienst dieser staatspolitischen Aufgabe gestellt haben. Mit ihrem Rat, mit ihrem Sachverstand, mit ihren Einsichten haben fähige Männer und Frauen mitgewirkt, unter denen sich nicht wenige hervorgetan haben, die der Sozialdemokratischen Partei nicht angehören, die es aber für eine Ehrensache gehalten haben, auf diese Weise einen Beitrag für unser Volk zu leisten.

Die Sozialdemokratische Partei ist stolz auf dieses Vertrauen, das ihrem Bundeskanzlerkandidaten entgegengebracht wird. Sie weiß sich allen zu Dank verpflichtet, die solches Vertrauen bekundet haben.

Im Gedankenaustausch mit namhaften Persönlichkeiten vieler Lebens- und Tätigkeitsbereiche sind wertvolle Anregungen gegeben worden. Die berufenen Vertreter von Organisationen und Institutionen, von Vereinigungen und Verbänden haben Gelegenheit bekommen und dankenswerterweise auch genommen, ihre Auffassungen zur Diskussion zu stellen. Die Spannweite der Gesprächspartner war erfreulich groß, und sie berechtigt zu der Feststellung, daß die führen-

den Persönlichkeiten der Sozialdemokratie im Kontakt und im Gespräch mit Persönlichkeiten aus den vielfältigen Bereichen stehen, die für unser Volk charakteristisch sind.

Zu den bemerkenswerten sachlichen Gesichtspunkten, die alle diese Gespräche hervorgebracht haben, gehört auch die Tatsache, daß sie offenkundig zur Versachlichung der Diskussion politischer Angelegenheiten und zum Verständnis der Beweggründe aller Gesprächspartner beigetragen haben. Das ist über den aktuellen Anlaß hinaus ein wichtiges Lebenselement für unsere demokratische Ordnung. Wir werden es weiter pflegen.

Seit dem Beginn dieses Jahres hat Willy Brandt, haben Mitglieder seiner Mannschaft und haben andere führende Persönlichkeiten der Sozialdemokratischen Partei auf Spezial- und Fachtagungen an Diskussionen über gewichtige und häufig brennende Fragen teilgenommen, von deren Lösung viel für das Ganze abhängt. Ich erwähne die Zusammenkunft der Oberbürgermeister der größten Städte, die Tagung sozialdemokratischer Landräte und Oberkreisdirektoren, die wertvolle Erkenntnisse hinsichtlich der Pflege und der Förderung der Fundamente unserer demokratischen Ordnung erbrachten. Die eindrucksvolle verkehrspolitische Konferenz, auf der uns namhafte Fachleute aller Zweige des Verkehrswesen und der mit ihnen verbundenen Industrie die Ehre ihrer Anwesenheit und Teilnahme gaben, hat die öffentliche Diskussion der Verkehrsprobleme entscheidend befruchtet. Die Tagung „Angestellte im Aufstieg“ läßt hoffen, daß wir auf dem richtigen Wege sind, Veränderungen, denen die Struktur der Arbeitnehmerschaft unterworfen ist, bei der Disposition unserer Maßnahmen Rechnung zu tragen.

Ich kann hier nur andeuten, nach welchen Richtungen sich die Vorarbeiten für das Regierungsprogramm erstreckt haben. Wenn ich aus der Fülle der Bemühungen, den Dingen auf den Grund zu gehen, hier noch der Tagung ehemaliger politischer Gefangener aus der sowjetisch besetzten Zone gedenke, die wohl einmalig in ihrer Art war, so deshalb, um durch diesen Hinweis zu zeigen, wie ernst die Sozialdemokratische Partei es mit der Verpflichtung nimmt, dem ganzen Volke zu dienen. Allen, die uns mit Rat, mit Erfahrung und Kritik geholfen haben, sei von Herzen gedankt.

Als wir in Hannover mit unserem Appell die Grundzüge der konkreten Forderungen vorgezeichnet haben, die wir im Wahlkampf vertreten und für die wir um die Zustimmung der Wähler werben werden, haben wir erklärt, daß wir an die Stelle einer Politik der

Rechthaberei, der Verhärtung und der Eigensucht eine Politik neuen Stils, d. h. eine Politik der Redlichkeit, der Sachlichkeit, der Zusammenarbeit, des Ausgleichs setzen wollen.

Wir sind bei der Vorbereitung des Regierungsprogramms diesem Vorsatz treu geblieben. Für eine solche Politik werden wir auch weiterkämpfen; denn unser Volk im geteilten Deutschland ist darauf angewiesen, daß sich diese Politik durchsetzt, sonst müßte es die Hoffnung aufgeben, daß die Bundesrepublik ihre gesamtdeutsche Aufgabe erfüllen kann.

Wir Sozialdemokraten wollen, daß unser Staat, die Bundesrepublik Deutschland, ein Staat der Freiheit sei; denn nur dann dürfen alle Deutschen hoffen, ein freies, geeintes, glückliches deutsches Vaterland in einer freien, friedlichen Welt schaffen zu können.

Wenn aber in unserer Bundesrepublik die gegenwärtige Regierungspartei noch nicht einmal mit den Sozialdemokraten als einer staatstragenden Partei zusammenleben oder reden will, wie soll denn dann die Hoffnung aufrechterhalten werden, das ganze deutsche Volk in einem ungeteilten Staat wieder zusammenzuführen?

„Die Freiheit kann nur aus der tätigen Mitverantwortung aller erwachsen“, habe ich kürzlich aus dem Munde eines Mannes gehört, der unserem Staat in höchstverantwortlicher Stellung dient. Wenn es sich so verhält — und ich bin davon überzeugt: es muß so sein —, dann ist es an der Zeit, einer Fehlentwicklung Einhalt zu gebieten, die sich darin ausdrückt, daß die gegenwärtig regierende Partei selbstherrlich zu bestimmen sucht, wer neben ihr überhaupt Anspruch darauf erheben darf, Mitverantwortung tätig werden zu lassen.

Die gegenwärtige Regierungspartei, die sich Union nennt, faßt diesen Begriff offenbar so auf, als sei sie selbst eigentlich schon die Verkörperung von Volk und Staat. Sie braucht neben sich nur Parteien, die sie sich im Verlauf einer Legislaturperiode selbst einverleiben kann.

Dieser Totalitätsanspruch ist für unser Volk verhängnisvoll. Unser deutsches Volk würde zerbrechen, wenn auf dem Boden seines geteilten Vaterlandes einerseits russische und andererseits portugiesische Staatsvorstellungen praktiziert würden.

Der gegenwärtige Bundesverteidigungsminister hat dieser Tage in Köln zum Ausdruck gebracht, in welcher Verblendung er selbst und andere führende Unionspolitiker leben, als er sich nämlich unter-

ding, zu behaupten, seine Partei genüge sich sozusagen selbst, wenn es sich darum handle, Antworten auf die kommunistische Bedrohung zu geben. Er belegte zugleich das Ziel der Sozialdemokratischen Partei mit Beschlag, annektierte die soziale Demokratie für die unersättliche Union. Aber aus den schrecklichen Jahren, die in der Katastrophe endeten, müssen alle Deutschen, ungeachtet ihrer sonstigen politischen Gegensätze, eine allgemein verbindliche Lehre ziehen und als Staatsbürger in die Tat umsetzen, nämlich die: es darf nicht wieder alle Macht im Staat in eine Hand gelangen.

Wir Sozialdemokraten erklären feierlich, daß wir keinen Alleinherrschaftsanspruch erheben; wir billigen ihn aber auch keiner anderen Partei zu.

Gestatten Sie mir bitte eine persönliche Bemerkung. Ich habe als junger Mensch in den von Wirren und Not erfüllten 20er Jahren in der Radikalität der Jugend selbst radikale Fehler gemacht. Aus den Erfahrungen unter den Diktaturen, der nationalsozialistischen und der kommunistischen, habe ich mich zum uneingeschränkten Ja zum demokratischen Staat durchgerungen. Andere haben auf ihre Weise ebenfalls schwere Wege zurücklegen müssen. Wäre es nicht notwendig, daß nun alle an ihrem Platz für ein Deutschland wirken, das die Wiederholung der Schrecken der Vergangenheit ausschließt? Dann muß unser Staat ein Staat der Freiheit werden. Wir müssen alle darüber wachen, daß die tätige Mitverantwortung — um dieses Wort noch einmal aufzugreifen — nicht erstickt wird. Es ist wahr: Freiheit kann nur aus der tätigen Mitverantwortung aller erwachsen. Unser Staat soll, so sagt es das Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei, Vorbedingungen dafür schaffen, daß der einzelne sich in Freiheit, Selbstverantwortung und in gesellschaftlicher Verpflichtung entfalten kann.

Weil uns diese Vorstellung vom Staate leitet, haben wir auch so sorgfältig versucht, in Gedankenaustausch und Diskussion mit unseren Gesprächspartnern Berührungspunkte zu finden. Man kann untereinander auch ein anderes Verhältnis haben, als das von Lobbyisten zu bestimmten Vorzimmern.

Das Regierungsprogramm, das Willy Brandt verkündet, zieht aus diesem Gedankenaustausch, aus Diskussion und Gespräch die Konsequenzen. Willy Brandt hat in Hannover gesagt, die Bundesrepublik habe die Demokratie nicht allein als politischen Auftrag zu verstehen, sondern in gleichem Maße als eine soziale Aufgabe. „Sozial“ ist hier im umfassenden Sinne des Begriffs zu verstehen.

Die Demokratie als eine soziale Aufgabe verstehen und erfüllen — das braucht die Bundesrepublik Deutschland für die nächsten Jahre als Leitgedanken.

Das gilt für das Verhalten im eigenen staatlichen Bereich gegenüber allen Mitbürgern. Das gilt für die Stellung der Bundesrepublik im Ringen mit den Kommunisten um die gesamtdeutsche Verpflichtung der Bundesrepublik. Das gilt für das Verhältnis der Bundesrepublik zur übrigen Welt, in der es darauf ankommt, nackteste Not in den Ländern zu überwinden, die heute Entwicklungsländer genannt werden. Wir Sozialdemokraten übernehmen die Verpflichtung im Wahlkampf, alle Kräfte einzusetzen, damit der Wille, der im Regierungsprogramm seinen Niederschlag gefunden hat, sich durchsetzt. Deutschland braucht Sozialdemokraten in der Regierung.

Willy Brandt,

Regierender Bürgermeister von Berlin.

Regierungsprogramm

Verehrte Anwesende, liebe Freunde!

Ende November vergangenen Jahres haben wir in Hannover die Grundsätze entwickelt, die für eine von uns geführte Regierung maßgebend sein werden. Diese Grundsätze bleiben unverändert gültig. Ich kann mich auf sie stützen, wenn ich heute das Programm bekanntgebe, das wir in den vor uns liegenden Monaten vertreten werden.

Es ist kein bloßes Wahlprogramm, sondern ein Regierungsprogramm; denn wir versprechen nichts, was wir nicht in der Regierungsverantwortung zu verwirklichen entschlossen sind.

Die Antwort der anderen großen Partei, der Unionspartei, auf die in Hannover entwickelten Grundsätze der SPD war so, wie diese heutige CDU-Regierung ist: anmaßend, eigensüchtig, widerspruchsvoll und sogar zutiefst unehrlich! Die Führung der Unionspartei ist verbraucht. Die CDU-Regierung hat sich im eigentlichen und im übertragenen Sinne des Wortes selbst überlebt! Im Interesse unseres Volkes muß sie abgelöst werden.

Das hat auch der Parteitag der CDU in Köln im April 1961 bestätigt. Er war eine Flucht in die sterile Starrheit des Nein. Er ging an der staatspolitischen Notwendigkeit vorbei, alle Kräfte zur Bewältigung der vor uns liegenden Aufgaben zusammenzufassen, und damit war er eine Sünde an unserem Volk.

Unser Volk wird über diesen Parteitag der totalen Verneinung selbst urteilen. Ich gehe zur Tagesordnung über, sachlich und mit offenem Visier im Sinne des Dichterwortes „Mein Pfeil soll treffen, doch er trägt kein Gift“.

Wir haben unserem Volk in den vergangenen Monaten klargemacht, daß eine neue Regierung die Stellung und das Ansehen der Bundesrepublik im Sicherheitssystem des Westens nicht schwächen, son-

dern festigen wird. Die Freundschaft zu den Vereinigten Staaten bleibt ein Eckpfeiler unserer Außenpolitik.

In der Welt vollzieht sich eine Wandlung in den Beziehungen der Menschen und der Völker zueinander. Das Gefühl der Verantwortung füreinander wächst. Das bedeutet: Wir Deutsche müssen in den kommenden Jahren endlich zu uns selbst finden, wenn wir als Volk und Nation bestehen wollen, wenn wir unsere Verantwortung für uns selbst und gegenüber anderen Völkern erfüllen wollen. Es geht um die Gesundung unseres Volkes.

Die Beseitigung innenpolitischer Ungerechtigkeiten und der Wille zur Entspannung nach außen sind zwei Seiten einer einheitlichen Politik, einer Politik für Deutschland mit den Völkern der Welt. Die Zeiten sind vorbei, in denen der Nationalstaat der politische Höchstwert war. Ungerechtigkeiten nach innen und Überheblichkeit nach außen sind untauglich für die Bewältigung der vor uns liegenden Aufgaben.

Die unveräußerlichen Rechte jedes Menschen und seine Würde treten in den Mittelpunkt aller Politik. Ausgleich nach innen und Ausgleich nach außen — das ist die Devise. Wenn wir diesem Ziel nicht gerecht werden in der Innenpolitik, dann verlieren wir unsere Glaubwürdigkeit nach außen; wenn wir diesem Ziel nach außen nicht gerecht werden, wird uns auch die beste Innenpolitik nichts nützen. An diesem Satz will dieses Regierungsprogramm gemessen werden. Dieser Satz entspricht dem Geist und den Notwendigkeiten unserer Zeit. Dies wird die Richtschnur unserer Regierung sein. An diesem Satz ist auch die bisherige CDU-Regierung zu messen.

Ich sage nicht, daß die bisherige Regierung ohne jedes Verdienst wäre, obwohl sie ohne den Arbeitswillen, den Fleiß und den Idealismus aller Schichten unseres Volkes ganz gewiß erfolglos geblieben wäre. Aber sie hat viele ihrer Versprechungen nicht erfüllt. Sie ist weder den Aufgaben unserer inneren Ordnung noch dem Wandel in der Welt gerecht geworden.

Namens der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und ihrer Mannschaft klage ich die bisherige Regierung, ihren Chef, die Kabinettsmitglieder und die führenden Funktionäre der Unionspartei an, in lebenswichtigen Fragen unseres Volkes versagt zu haben.

Ich werfe der bisherigen Regierung vor: Ihr Versprechen, daß die Politik der Integration und forcierten Rüstung automatisch zur Einheit Deutschlands führen möge, ist nicht eingelöst. Wie von uns vorausgesagt, ist das Ziel aller deutschen Politik, die Wiedervereini-

gung in Frieden und in Freiheit, leider ferner gerückt und schwieriger geworden.

Ich werfe der bisherigen Regierung vor: Sie hat auch die innere Einheit unseres Volkes nicht hergestellt. Sie hat vor der Aufgabe versagt, die staatsbejahenden Kräfte zu einer gemeinsamen Politik in den Grundfragen unserer Nation zusammenzuführen.

Ich werfe der bisherigen Regierung vor: Sie hat die demokratischen Fundamente unserer inneren Ordnung grob gefährdet. Ihr Chef und ihre Minister haben das hohe Amt des Bundespräsidenten zum Spielball persönlicher Neigungen und parteiegoistischer Zwecke gemacht. Sie haben die Rechte der Länder verletzt und das höchste Gericht, dessen Aufgabe allein der Schutz der Verfassung ist, mißachtet.

Ich werfe der bisherigen Regierung vor: Schwäche und Opportunismus gegenüber Interessentengruppen und damit Vernachlässigung des allgemeinen Wohls. Denn es ist eine Tatsache: Absprachen hinter dem Rücken der Ressortminister haben Lobbyisten Einfluß auf Regierungsangelegenheiten gestattet.

Ich werfe der bisherigen Regierung vor: Leichtfertigen Umgang mit öffentlichen Geldern und Mißbrauch der Staatsmacht. Die verfassungswidrigen Fernsehgeschäfte und ihr Fiasko müssen jetzt aus Steuergeldern gedeckt werden. Jeweils dreieinhalb Jahre hat die CDU-Regierung die offene Hand für die Großen gehabt, und jeweils ein halbes Jahr oder etwas weniger vor der Wahl hat sie plötzlich ihr Herz für benachteiligte Gruppen der Bevölkerung entdeckt.

Ich werfe der bisherigen Regierung vor: die großen Gemeinschaftsaufgaben unseres Volkes, Forschung und Wissenschaft, Förderung des geistigen Nachwuchses, Vermögensbildung auf breiter Grundlage, wurden sträflich vernachlässigt.

Ich werfe der bisherigen Regierung vor: Sie hat die Stellung Deutschlands in der Welt belastet durch anmaßendes Rüstungsgebaren, durch unangebrachte Atomwaffenforderungen, durch mangelhafte Zusammenarbeit bei der Entwicklungshilfe.

Alle diese Fehler, Versäumnisse und Unterlassungen sind Merkmale eines zwölfjährigen politischen Stils, den wir nicht mehr wollen. Wir, die Regierungspartei von morgen, die Opposition von heute, sind der öffentliche Ankläger. So ist es unsere demokratische Pflicht. Wir werden nicht gestatten, daß sich die gegenwärtige Regierung der Rechenschaft und Verantwortung entzieht und in Eigenlob und Verleumdung ausweicht.

Wir werden dieser Pflicht genügen; aber unsere ganze Leidenschaft gilt der Zukunft. Wir brauchen eine neue Politik, damit wir unserer Zeit gewachsen sind, der Herausforderung durch die kommunistische Welt, den Erwartungen der jungen Nation und der wissenschaftlichen Revolution, die nach den Sternen greift.

Wir brauchen die kommunistische Herausforderung nicht zu fürchten. Wir nehmen sie an. Wir werden ihr militärisch widerstehen und sie mit der Stoßkraft unserer freiheitlichen Ordnung überwinden.

Die neue Regierung wird führen, aber nicht herrschen. Sie wird die besten Kräfte zur Beratung und Mitwirkung heranziehen. Niemand auf dieser Welt ist fähig, ein Volk allein durch die Methode einsamer Beschlüsse zu führen. Die führenden Staatsmänner der Welt folgen nur den Gesetzen unserer Zeit, wenn sie neben dem Regierungsapparat über Gremien unabhängiger Sachverständiger verfügen. Wenn ich, gerufen vom Vertrauen der Wähler, vorgeschlagen vom Bundespräsidenten und gewählt durch den Bundestag, das Amt des Bundeskanzlers zu übernehmen habe, dann werde ich unabhängig von Partei- oder sonstiger Zugehörigkeit allen Sachverstand mobilisieren und Entscheidungen nach Anhören und Abwägen der verschiedenen Gesichtspunkte fällen; denn so entspricht es dem Geist dieser Zeit.

In den nächsten vier Jahren wird nicht alles getan werden können, was nötig wäre und was wir auf längere Sicht erstreben. Aber bei der Entscheidung des 17. September 1961 geht es allein um das, was der 4. Deutsche Bundestag und die neue Bundesregierung bis zum Jahre 1965 tun werden. Ich beschränke mich deshalb auf den Vortrag unserer Absichten und Vorhaben in den vor uns liegenden vier Jahren.

Wir wollen ein gesundes Volk in einem gesunden Staat. Das ist die Leitlinie für die gesamte Innenpolitik der von uns geführten Regierung.

Dazu gehört, daß unser Volk die böse Vergangenheit endgültig überwindet und mit sich selbst ins Reine kommt. Entscheidend ist, daß wir ein mündiges Volk werden und uns jeder neuen Bedrohung von Recht und Freiheit zu erwehren wissen. Das Ringen der Meinungen in unserem Volk ist ebenso unentbehrlich, wie das Austragen unterschiedlicher Interessen unvermeidlich ist. Aber sie müssen in einem gesunden Organismus harmonisiert werden.

Unser Programm der inneren Gesundung ist aber auch wörtlich zu verstehen. Es gibt Gemeinschaftsaufgaben, Aufgaben und Leistungen

für alle, die, bisher gröblich vernachlässigt, endlich angepackt werden müssen. Der demokratische und soziale Bundesstaat, wie ihn das Grundgesetz vorschreibt, ist noch nicht verwirklicht. Deshalb stecken wir die Grenzen weiter.

1. Der Staat muß der Gesundheit seiner Bürger dienen. In der modernen Gesellschaft ist der Mensch nicht nur durch Krankheit, sondern auch durch frühzeitigen Verbrauch seiner Kräfte stark gefährdet. Der Einzelne bedarf zur Erhaltung seiner Gesundheit eine ausreichende Erholung. Die gegenwärtige Urlaubsdauer ist nach den Erkenntnissen der ärztlichen Wissenschaft zu kurz. Die neue Bundesregierung wird deshalb ein Urlaubsgesetz vorlegen, das von 1962 an einen jährlichen Mindesturlaub von drei Wochen vorsieht. Der Mindesturlaub wird bis zum Jahre 1965 auf vier Wochen erhöht.

2. Zur sinnvollen Ausnutzung der Freizeit werden wir Sport und Spiel und die dazu notwendigen Einrichtungen fördern. Die neue Bundesregierung wird den von der Deutschen Olympischen Gesellschaft aufgestellten „Goldenen Plan“ nicht nur bejahen, sondern tatkräftig verwirklichen helfen. Die neue Regierung wird vorschlagen, daß noch 1962 ein koordinierender Deutscher Sportrat aus Vertretern der Turn- und Sportverbände und aus Vertretern des Bundes, der Länder und der Gemeinden gebildet wird. — Die neue Bundesregierung wird dafür sorgen, daß die anerkannten Pläne zur Erweiterung von Erholungsgebieten und Naturparks Wirklichkeit werden.

3. Die soziale Krankenversicherung muß in den Dienst der Gesundheitsvorsorge gestellt werden. Jeder Bürger muß die Möglichkeit haben, sich mindestens einmal im Jahr kostenlos untersuchen zu lassen. Im Krankheitsfalle hat jeder Anspruch darauf, nach den modernsten Erkenntnissen und Methoden der ärztlichen Wissenschaft behandelt zu werden, und zwar ohne Rücksicht auf die entstehenden Kosten. Jede zeitliche Begrenzung der Leistungen muß wegfallen. Eine Kostenbeteiligung der Versicherten lehnen wir ab. Die Krankenkassen müssen von sachfremden Ausgaben befreit werden. Freie Arztwahl, freiberufliche Tätigkeit der Ärzte und ihre Selbstverwaltung sind dabei unantastbar. Der Bau von modernen Krankenanstalten und Sanatorien wird in Anlehnung an die Vorschläge der Deutschen Krankenhausgesellschaft gefördert werden. Die neue Bundesregierung wird ein Gesetz vorlegen, das allen die berufliche Wiedereingliederung erleichtert, die durch Krankheit, Verkehrs- und Arbeitsunfälle Schaden gelitten haben.

4. Der Wohlstand unserer produktionsstarken Wirtschaft wird zur Ungerechtigkeit, wenn er vor den Türen der älteren Mitbürger halt

macht. Wer sein ganzes Leben gearbeitet hat, der soll seinen Lebensabend in Ruhe und in Sicherheit verbringen können. Die neue Bundesregierung wird die Rentenreform verbessern und vollenden. Wir werden dafür sorgen, daß jeder Versicherte nach einem vollen Arbeitsleben 75 Prozent seines der Beitragszahlung zugrundeliegenden Arbeitsverdienstes als Altersrente erhält. Die Renten für Witwen werden entsprechend angepaßt. Wir werden den Selbständigen die gleiche Möglichkeit zur Alterssicherung bieten. Zurückliegende Zeiten können überbrückt werden. Frauen erhalten auf Antrag Altersrente mit Vollendung des 60. Lebensjahres. Der Mindestbetrag der Altersrenten wird nach Ablauf eines vollen Arbeitslebens bis zum Ende 1962 auf 225 DM im Monat erhöht. Soweit Mindestrenten nicht durch Beitragsleistung gedeckt werden, werden sie durch Staatszuschüsse aufgestockt. Wir werden dafür sorgen, daß die Renten unmittelbar nach Vollendung des 65. Lebensjahres ausbezahlt werden, so daß der oft monatelange Weg zum Fürsorgeamt beseitigt wird.

In vielen Fällen geht es aber nicht allein um eine ausreichende Altersversorgung. Um allen Rentnern ihren Lebensabend verschönern zu helfen, werden wir ihnen beispielsweise von 1962 an den Erwerb von Fernsehgeräten finanziell ermöglichen. Wir werden zusätzlich Wege vorschlagen, damit diejenigen der älteren Mitbürger, die es wünschen, solange wie möglich tätige Mitglieder unserer Gemeinschaft bleiben können.

5. Die neue Bundesregierung wird eine Politik verfolgen, die die Einzelprobleme aller direkten und indirekten Opfer des Krieges in Einklang bringt und nach Möglichkeit innerhalb der kommenden vier Jahre in ein System der sozialen Integration einmünden läßt. Hierbei geht es um die eigentlichen Kriegsoffer ebenso wie um die Heimatvertriebenen, die Sowjetzonenflüchtlinge und die Kriegssachgeschädigten. In diesem Zusammenhang werden alle Möglichkeiten einer beschleunigten Abwicklung und Verbesserung des Lastenausgleichs ausgeschöpft werden. Unsoziale Stichtagsbeschränkungen sollen aufgehoben werden. Die Unterhaltshilfe soll an die Entwicklung der Sozialrenten angepaßt werden. Härten für Zonenflüchtlinge wird die neue Bundesregierung durch ein besonderes Gesetz beseitigen. Ihnen sollen Eingliederungsbeihilfen nach den Grundsätzen des Lastenausgleichs gewährt werden. Die neue Bundesregierung wird ein wirksames Beweissicherungsgesetz für eingetretene Schäden schaffen.

6. Die neue Bundesregierung wird im Rahmen einer gesunden Familienpolitik die Familiengründung erleichtern helfen und vor allem den jungen Familien helfen. Sie wird dafür sorgen, daß junge

Ehepaare verbilligte Darlehen bekommen. Sie wird die Familien durch Erziehungs- und Ausbildungsbeihilfen entlasten. Wir werden schon von 1962 an generell für das zweite Kind Kindergeld aus öffentlichen Mitteln gewähren und gleichzeitig den organisatorischen Wirrwarr auf diesem Gebiet beseitigen. Die neue Bundesregierung wird den Mutterschutz verbessern, vor allem die arbeitsfreie Zeit verlängern. Halbtagsbeschäftigung für Frauen soll in verstärktem Maße ermöglicht werden.

7. Jede Familie hat ein Recht auf eine Wohnung. Der Wohnungsbau darf nicht am Maßstab der Konjunkturpolitik gemessen werden. Wir brauchen noch viele Wohnungen zu tragbaren Mieten. Das Erheben verlorener Baukostenzuschüsse wird unterbunden werden. Der soziale Wohnungsbau ist durch die nötige Sanierung der überalterten Wohnviertel zu ergänzen. Die neue Bundesregierung wird es allen dem Gemeinwohl verpflichteten Bauträgern ermöglichen, Eigenheime und Eigenwohnungen gegen zumutbare Raten zu bauen und zu verkaufen. Auch Angehörige der bisher nicht bevorrechtigten Gruppen werden die Möglichkeit erhalten, zum eigenen Heim zu kommen.

Es ist aber ein unerträglicher Zustand, wenn der Wille zum eigenen Heim am Wucher von Bodenspekulanten scheitert. Wir werden die Bodenspekulation bekämpfen, damit jeder Bauwillige zu einem angemessenen Preis ein Grundstück erwerben kann. Das nennen wir eine gesunde und soziale Wohnungspolitik.

8. Ungelöst sind bisher auch viele Aufgaben auf dem Gebiete der Raumordnung und des Städtebaus. Das Bundesbaugesetz trägt den staatspolitischen Notwendigkeiten kaum Rechnung. Es wird bis 1963 ergänzt. Die Gesichtspunkte der Raumordnung, der Landesplanung und des Städtebaus müssen mit der Energiepolitik, dem Verkehrswesen und dem Siedlungswesen in Einklang gebracht werden.

9. „Reine Luft“, „reines Wasser“ und „weniger Lärm“ dürfen keine papierernen Forderungen bleiben. Erschreckende Untersuchungsergebnisse zeigen, daß im Zusammenhang mit der Verschmutzung von Luft und Wasser eine Zunahme von Leukämie, Krebs, Rachitis und Blutbildveränderungen sogar schon bei Kindern festzustellen ist. Es ist bestürzend, daß diese Gemeinschaftsaufgabe, bei der es um die Gesundheit von Millionen Menschen geht, bisher fast völlig vernachlässigt wurde. Der Himmel über dem Ruhrgebiet muß wieder blau werden!

10. Überfüllte Straßen, mehr Verkehrsunfälle, viele davon mit tödlichem Ausgang — das ist das Bild des Straßenverkehrs in unseren Tagen. Auch ein Wald von Verbotsschildern kann dieses Chaos nicht

beseitigen. Die neue Bundesregierung wird dem Verkehrstod Schach bieten. Sie wird das Straßennetz gleichmäßig und schneller ausbauen. Sie wird die Verkehrssicherheit erhöhen und für verstärkte Verkehrserziehung sorgen. Die Abgaben des Straßenverkehrs werden ausschließlich dem Straßenbau zugute kommen.

Jeder der vorgenannten zehn Punkte zeigt ein Versäumnis der bisherigen Bundesregierung. In unserem Regierungsprogramm bilden diese zehn Punkte einen entscheidenden Teil der inneren Gesundung und der sozialen Harmonisierung.

II.

Die beiden bestimmenden Ziele unserer Wirtschaftspolitik sind: Gesunde Wirtschaft, gerechter Wohlstand. Der wirtschaftliche Aufstieg der Bundesrepublik ist kein Wunder, sondern das Ergebnis gemeinsamer Anstrengungen unseres ganzen Volkes. Dabei wollen wir bitte nie die Initialzündung der amerikanischen Wirtschaftshilfe vergessen. Der deutsche Wiederaufbau hat in den schwierigsten Nachkriegsjahren begonnen, lange bevor es eine Bundesregierung gab. Die Aufbauleistungen der Gemeinden und der Länder sind historische Tatsache. Die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften haben daran einen entscheidenden Anteil gehabt.

Aber die Früchte der gemeinsamen Arbeit sind ungerecht verteilt. Die eigentlichen Nutznießer der bisherigen Wirtschaftspolitik sind die Großunternehmen. Sie haben ihre Produktionsstätten in dem letzten Jahrzehnt in einem ungewöhnlichen Umfang erweitern können. Hierzu steht die Entwicklung der Einkommen bei unseren Arbeitern, Angestellten, Beamten und den freien Berufen in keinem angemessenen Verhältnis.

Begriffe wie „Wettbewerb“ und „private Initiative“ sind zu demagogischen Schlagworten abgewertet worden. Sie sollen den Tatbestand einer Konzentration unübersehlicher wirtschaftlicher Macht verschleiern, während die Klein- und Mittelbetriebe benachteiligt und Preise auf Kosten der Verbraucher diktiert werden.

Die neue Bundesregierung wird die Begriffe „Leistung“ und „persönliche Tatkraft“ wieder mit lebendigem Inhalt erfüllen. Der Selbständige, der Verantwortung trägt und persönlich haftet, ist uns wichtiger und willkommener Partner. Wo jedoch persönliche Haftung und eigene Verantwortung schwinden, da wächst die Pflicht der Regierung zur Wachsamkeit im Interesse aller. Freier Wettbewerb und soziale Verantwortung sind keine Gegensätze, sondern müssen einander ergänzen.

Im einzelnen wird die Wirtschaftspolitik in den kommenden vier Jahren durch die folgenden Richtlinien bestimmt sein:

1. Die wirtschaftliche Entwicklung gibt uns die Chancen, unseren Lebensstandard in weniger als einer Generation zu verdoppeln, wenn der Frieden erhalten bleibt und Krisen verhindert werden. Dem Ziel, diese Voraussetzungen für die Verdoppelung des Lebensstandards zu schaffen, gilt unsere Politik. Die Verdoppelung des Lebensstandards bedeutet Vermehrung des persönlichen Wohlstands. Vor allem aber muß sie bedeuten, daß die bisher vernachlässigten Aufgaben und Leistungen für die Gemeinschaft, wie wir sie umrissen haben, erfüllt werden und daß die bisher zu kurz gekommenen Gruppen in unserer Bevölkerung einen gerechten Anteil am Ertrag der gemeinsamen Arbeit erhalten.

2. Die neue Bundesregierung wird gemeinsam mit der Deutschen Bundesbank die Währung schützen und die Stabilität unserer D-Mark sichern. Sie wird insbesondere den Wettbewerb stärken und wird dahin wirken, daß der technische Fortschritt in Form von Preissenkungen an den Verbraucher weitergegeben wird. Sie wird jedem Preiswucher entgegentreten. Die neue Bundesregierung wird einen Preisrat berufen, der die Interessen der Gesamtheit vertritt. Die Hausfrau wird in diesem Preisrat eine gewichtige Stimme erhalten.

3. Die neue Bundesregierung wird eine Politik des gerechten Wohlstands verfolgen. Das Wachstum unserer Wirtschaft soll allen zugute kommen. Die Mehrheit der Lohn- und Gehaltsempfänger und auch viele Selbständige sind bis heute nicht in der Lage, Vermögen zu bilden. Ihr Einkommen muß deshalb verbessert werden. Ein Teil des Wertzuwachses der Großwirtschaft muß für die Vermögensbildung der breiten Schichten unseres Volkes herangezogen werden. Wir haben hierzu die Errichtung einer Deutschen Nationalstiftung und die Ausgabe der Deutschen Volksaktie vorgeschlagen. Die neue Regierung wird alle geeigneten Vorschläge ernsthaft prüfen und dem Parlament ein umfassendes Programm zu Gunsten einer breiten Vermögensbildung unterbreiten. Ein staatliches Kreditsystem soll es jungen Handwerkern, Kaufleuten, Ärzten und anderen ermöglichen, sich zu günstigen Bedingungen selbständig zu machen. Das Sparprämienystem wird ausgebaut und vereinheitlicht. Sparern mit kleinem Einkommen werden verstärkte Vorteile gewährt.

4. Die neue Bundesregierung wird nicht dulden, daß unsere Energiewirtschaft zum Spielball mächtiger Interessengruppen wird. Die Lage im Kohlenbergbau bedarf besonderer Beachtung. Eine unabhängige Kommission aus Vertretern von Wissenschaft, Gewerk-

schaft und Politik wird beauftragt werden, Lage und Entwicklungsmöglichkeiten der deutschen Energiewirtschaft zu prüfen und Vorschläge zu einer Neuordnung zu unterbreiten.

5. Im Zeichen der aktiven Wirtschaftspolitik wird die neue Bundesregierung dem Bundestag und dem Bundesrat den „Jahres-Wirtschaftsbericht“ fortlaufend unterbreiten. Sie wird darin von Jahr zu Jahr die Maßnahmen darlegen, die sie für erforderlich hält, um Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung, Preis- und Währungsstabilität zu sichern. Bis zum Sommer 1962 wird die neue Bundesregierung gesetzgeberische und andere Maßnahmen ergreifen, um dem Mißbrauch wirtschaftlicher Macht entgegenzutreten, die Leistungsfähigkeit der mittleren und kleineren Selbständigen zu stärken, gerechten Wohlstand auch für die Landbevölkerung zu sichern und eine Steuer- und Finanzreform einleiten.

6. Die neue Bundesregierung weiß, daß die Leistungsfähigkeit der modernen Industriegewirtschaft zu einem wesentlichen Teil auf der Leistungskraft der Großunternehmen beruht. Großunternehmen sind jedoch der Versuchung der Macht ausgesetzt, die sie nicht selten auf Kosten der Selbständigen und der Konsumenten mißbrauchen. Deshalb wird die neue Bundesregierung vorschlagen, die Kartellgesetzgebung zu verbessern und die Befugnisse des Bundeskartellamts zu erweitern.

Gleiche Wettbewerbsbedingungen sind zu sichern. Marktbeherrschende Unternehmungen sind einer wirksamen Kontrolle zu unterstellen. Das Kartellamt soll das Recht erhalten, Fälle von Machtmißbrauch im öffentlichen Verfahren zu untersuchen. Zusätzlich wird eine unabhängige Monopolkommission gebildet. Die längst fällige große Aktienrechtsreform wird verwirklicht. Dabei ist besonderes Gewicht zu legen auf die Offenlegung der Unternehmensverhältnisse, auf den organischen Einbau des Mitbestimmungsrechts und auf einen wirksamen Schutz der kleinen Aktionäre.

7. Die neue Bundesregierung wird die Leistungsfähigkeit der Selbständigen stärken. Steuerliches Unrecht muß beseitigt werden. Ausreichende Kreditversorgung wird gesichert. Genossenschaftliche und andere Einrichtungen der Selbsthilfe werden gefördert. Ein leistungsfähiges Institut für die selbständigen Mittelschichten wird dafür sorgen, daß die Erkenntnisse der modernen Wissenschaft nicht nur den großen, sondern auch den mittleren und den kleinen Unternehmen zugute kommen.

8. Die neue Bundesregierung will gleichen Wohlstand für Stadt und Land. Deshalb wird sie die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung der Landgebiete energisch fördern. Die Landwirt-

schaft, die Forstwirtschaft, der Gartenbau, der Weinbau und auch die Fischerei sind wichtige und unentbehrliche Faktoren unseres wirtschaftlichen und unseres nationalen Lebens. Mit Flickwerk ist es nicht getan. Rationalisierung, Flurbereinigung, Aufstockung und Wegebau sind im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft voranzutreiben, nicht zuletzt im Blick auf den europäischen Markt. Die Arbeit der Bäuerin muß durch Sanierung der Gehöfte und Technisierung der Hauswirtschaft entlastet werden. Für alle diese Aufgaben wird die neue Bundesregierung ein umfassendes und langfristiges Investitionsprogramm vorlegen. Bauern und Landarbeiter müssen zu einem Einkommen gelangen, das dem vergleichbarer Bevölkerungsschichten entspricht.

Der bäuerliche Familienbetrieb ist ein wesentlicher Bestandteil einer freien Gesellschaftsordnung. Das private Eigentum des Bauern an Grund und Boden muß durch ein neuzeitliches Bodenrecht gesichert werden. Marktpolitik, Marktordnung, Preisgestaltung müssen einen redlichen Ausgleich zwischen den Interessen der Erzeuger und denen der Verbraucher herbeiführen. Genossenschaften und andere Einrichtungen der bäuerlichen Selbsthilfe sind zu fördern. Die einseitige Bindung der bisherigen Regierung an die industrielle Großwirtschaft wird abgelöst durch eine ehrliche Partnerschaft zwischen Stadt und Land.

9. Die neue Bundesregierung wird unser gegenwärtiges Steuersystem übersichtlicher und gerechter gestalten und dabei zugleich den Verwaltungsapparat vereinfachen. Die Steuerpolitik der bisherigen Bundesregierung hat die Großvermögen ungerechtfertigt begünstigt. Wir werden die Vermögens- und die Erbschaftsteuer für die Riesenvermögen (die Millionenvermögen) gestaffelt erhöhen. Große Spekulationsgewinne sollen der Einkommensteuer unterliegen. Die derzeitige außergewöhnliche Begünstigung großer anonymer Gesellschaften bei der Körperschaftsteuer wird abgeschafft, und bei der Einkommensteuer ist für Großeinkommen über 100 000 DM eine stärkere Progression einzuführen.

Auf der anderen Seite sind die Freibeträge bei den kleinen und mittleren Vermögen zu erhöhen, bei der Lohnsteuer sollen die Freibeträge für Werbungskosten und Sonderausgaben erhöht werden. Die Umsatzsteuer muß wettbewerbsneutral sein. Sie darf nicht die Großunternehmen gegenüber den kleinen und mittleren Betrieben begünstigen. Die freiberufliche Tätigkeit soll der Umsatzsteuer nicht mehr unterliegen. Die Verbrauchssteuern für Zucker und Salz werden abgeschafft. Kaffee- und Teesteuer sollen schrittweise ab-

gebaut werden. Bagatellsteuern wie Zündholz- und Süßstoffsteuer werden abgeschafft; denn ihr Aufkommen rechtfertigt nicht einmal den Verwaltungsaufwand.

10. Seit Jahren bedarf es in der Bundesrepublik einer Finanzreform. Die Regierung, die jetzt an der Macht ist, hat eine solche Reform versprochen gehabt. Es bedarf dieser Reform, damit Bund, Länder und Gemeinden ihre Aufgaben in der Rangfolge der Dringlichkeit der Bedürfnisse erfüllen können. Die bisherige Bundesregierung hat auch diese Aufgabe nicht zu lösen vermocht. Die neue Bundesregierung wird sie erfüllen.

Zu den Zielen einer solchen Neuordnung gehört die Stärkung der Finanzkraft unserer Gemeinden, die so unendlich viel geleistet und übergebührlige Lasten auf sich geladen haben. Es bedarf dieser Stärkung der Finanzkraft der Städte und Gemeinden, damit sie ihre Aufgaben zum Wohle ihrer Bürger erfüllen können, damit sie insbesondere die innerstädtischen Verkehrsprobleme bewältigen, die Schulraumnot überwinden und den Krankenhausbau verstärken können. Die Gemeinden sollen an den Aufkommen ertragreicher und krisenfester Steuern beteiligt werden und in diesem Sinne dritte Säule unserer Finanzverfassung werden. Die neue Bundesregierung wird unabhängige Sachverständige beauftragen, Vorschläge zur Finanzreform noch 1962 zu erarbeiten.

Modern, sachgerecht und mit dem Blick auf die Probleme von morgen, dem Ausgleich von ungesunden Spannungen und dem wohlverstandenen Interesse aller dienend, so wird unsere Wirtschafts- und Finanzpolitik beschaffen sein.

*

Man mag fragen, ob nicht in gewissen Bereichen der Wirtschafts- und der Sozialpolitik eine Ähnlichkeit zwischen diesen Programmen und einigen Forderungen, die überraschenderweise auch die Unionspartei auf ihrem Parteitag in Köln im April dieses Jahres erhoben hat, festzustellen ist.

Dazu ist zu sagen: Warum hat die gegenwärtige Mehrheitspartei das, was sie jetzt fordert, nicht bereits angepackt? Zeit genug hatte sie! Was soll man von der Führung einer Partei halten, die die andere große Partei wegen ihrer politischen Zielsetzung verleumdet, am gleichen Tag aber einen großen Teil der Forderungen der anderen Partei abschreibt?

Wenn Ähnlichkeiten zwischen einigen unserer Vorschläge und dem Manifest der CDU vom April 1961 auffallen, so ist dazu zu sagen,

daß die CDU kurz vor den Wahlen, wenn es um die Stimmen geht, immer ihr soziales Gewissen zu entdecken pflegt. Es ist pikant, daß jene Partei gleichzeitig bei ihren politischen Gegnern maust und ruft: Haltet den Dieb! Das gehört zu den vielen Merkwürdigkeiten, zu denen die Wähler wohl berechnete Fragen haben werden.

III.

Unser Volk braucht die Aussöhnung mit sich selbst. Dazu ist ein neuer Stil in unserer inneren Ordnung erforderlich. Die Verkettung Andersdenkender, die Hexenjagd auf politisch Mißliebige und Gesinnungsschnüffelei müssen endlich aufhören! Wir unterscheiden nicht wie gewisse andere Herrschaften zwischen Wahrheit, reiner Wahrheit und lauterer Wahrheit, sondern zwischen Wahrhaftigkeit, Lüge und infamer Lüge.

Die neue Bundesregierung wird dafür sorgen, daß ein neuer Geist durch unsere Lande geht, ein Geist der Achtung vor dem Nächsten und der Aussöhnung der Generationen. Wir Deutsche sind trotz allem eine Familie, Glieder einer Schicksalsgemeinschaft. Wir brauchen einen Staat, den jeder Bürger als seine wirkliche Heimstätte betrachten kann.

Die Verwirklichung dieses neuen Stils in der Politik muß oben beginnen. Die Freiheit des Staatsbürgers ist wichtiger als die Bequemlichkeit der Regierenden. Die Regierung hat sich als Vorbild für jedermann zu verhalten in der Achtung der Verfassung, in dem Respekt vor ihrem Wortlaut und Sinn. Es wird Schluß gemacht werden mit den Versuchen, das Grundgesetz zu manipulieren, auszuhöhlen, autoritär umzudeuten und damit die Fundamente einer freiheitlichen Staatsordnung zu untergraben.

Im einzelnen bekennen wir uns zu folgendem:

1. Die neue Regierung wird die Rechte des Parlaments respektieren und in ihm nicht ein willfähiges Instrument, sondern den Partner sehen. Sie wird den föderalen Aufbau der Bundesrepublik achten und vertrauensvoll mit den Ländern zusammenarbeiten. Sie wird die Freiheit der öffentlichen Meinung vor jeder Zensur und jeder unberechtigten Beeinflussung bewahren. Wir brauchen mehr freiheitlichen Geist und mehr Duldsamkeit in unserem staatlichen Leben. Aber wir brauchen auch Härte gegen alle Feinde der Demokratie.

Wir werden die freiheitliche Ordnung kraftvoll nach innen und nach außen sichern. Gemeinsam mit allen demokratischen Kräften im Bund und in den Ländern werden wir für den Fall von Not-

ständen vorsorgen, gleichzeitig aber sicherstellen, daß niemals mehr Willkür Tür und Tor geöffnet werden.

Die neue Bundesregierung wird endlich den Auftrag des Grundgesetzes erfüllen und ein Parteiengesetz vorlegen, das auch eine finanzielle Beherrschung durch anonyme Geldgeber verhindert.

2. Die neue Regierung anerkennt, daß die großen Verbände wichtige Bestandteile der modernen Industriegesellschaft sind. Als Vertreter der Arbeitnehmer und ihrer Familien haben die Gewerkschaften besondere Bedeutung für die freiheitliche Ordnung unseres gesellschaftlichen Lebens. Wir werden ihre Unabhängigkeit achten und schützen. Die Tarifautonomie bleibt Grundlage für die Ordnung des Arbeitslebens.

3. Die neue Regierung wird wissen, daß der Staat auf tüchtige, dem Ganzen verpflichtete Beamte angewiesen ist. Eine solche Beamten-schaft nimmt sie in ihren Schutz.

4. Für alle Interessenvertreter in der Bundeshauptstadt und ihrer Umgebung wird eine Registrierpflicht eingeführt. Interessenvertretung ist legitim. Es ist Schuld der Bundesregierung, wenn sie unangemessenen und unsachlichen Einfluß gewinnt.

5. Die Justizpolitik der neuen Regierung wird die rechts- und sozial-staatlichen Grundsätze unserer Demokratie zur vollen Geltung bringen. Sie wird die Rechtssicherheit verstärken, die Reform des Strafrechts vollenden und den Verfahrensgang vor den verschiedenen Gerichten durch eine allgemeine Prozeßordnung vereinheitlichen und vereinfachen.

6. Die Pflege der geistigen Kräfte, die Förderung der Künste und Wissenschaften gehören zu den Pflichten jeder Bundesregierung, die sich für die unvergänglichen Güter der Nation und für ihre Zukunft verantwortlich fühlt. Kulturpolitik ist Aufgabe der Länder. Sie haben dabei auch eine bundesstaatliche Aufgabe zu erfüllen. Die Bundesregierung wird die Zuständigkeiten, die das Grundgesetz festlegt, sorgfältig beachten. Aber das Grundgesetz verbietet der Bundesregierung nicht, für das Notwendige einzutreten und den Ländern durch Bereitstellung von Mitteln dabei zu helfen, daß sie ihre Pflichten voll erfüllen können.

Die neue Bundesregierung wird der Gefahr begegnen, daß unser Volk durch eine Vernachlässigung von Wissenschaft und Forschung, von Bildung und Ausbildung seinen Platz als führende Industrienation verliert. Sie wird darauf hinwirken, daß die Schulpflicht auf das neunte Schuljahr ausgedehnt wird, daß ein freiwilliges zehntes Schuljahr vorgesehen wird, daß das Berufsschulwesen ausgebaut und der Zweite Bildungsweg verwirklicht werden.

Jeder junge Mensch hat unabhängig vom Einkommen seiner Eltern einen Anspruch auf volle Entfaltung seiner Fähigkeiten. Die Jugendlichen aus Stadt und Land werden die gleichen Ausbildungschancen bekommen. Unser Volk kann es sich nicht leisten, Begabungen brach liegen zu lassen. Wir können auf kein Talent verzichten.

Die neue Regierung wird darauf hinwirken und, soweit sie kann, daran mithelfen, den Mangel an Schulräumen und Lehrkräften endlich zu beseitigen.

Wir werden die Vorschläge des Wissenschaftsrats entschieden unterstützen und den schnellen Ausbau der Universitäten und Hochschulen fördern. Ausreichend dotierte Plätze für Wissenschaft und Lehre müssen dem Abwandern junger Kräfte Einhalt gebieten. Die wissenschaftliche Forschung bedarf der wirksamen Koordinierung durch den Bund. Geeignete Einrichtungen sind finanziell so auszustatten, daß sie Aufträge vergeben können, deren Ergebnisse allen Zweigen der Wirtschaft zur Verfügung stehen.

7. Die neue Bundesregierung erkennt die Öffentlichkeitsaufgabe der Kirchen an, aus den Grundsätzen ihrer Glaubenslehren ihr Wort zu den allgemeinen Fragen des Lebens zu sagen. Sie garantiert der Kirche Schutz ihrer Wirksamkeit und dem Bürger Glaubens- und Gewissensfreiheit. Sie weiß und wird es fördern, daß die brüderliche Gemeinschaft der Kirchen heute eine der wenigen Klammern für den inneren Zusammenhalt unseres gespaltenen Volkes darstellt.

8. Die neue Bundesregierung wird die junge Generation aufrufen, mehr Verantwortung zu tragen und sie wird ihr die Wege dahin ebnen. Sie wird auch dafür sorgen, daß tüchtige Frauen in der Bundesregierung sind und auch sonst führende Stellungen übernehmen. Wir können uns keinen Bruch der Generationen leisten, sondern müssen die Kontinuität wahren und die Erfahrungen weitergeben. Unsere Jugend ist in der Lage, wichtige Aufgaben zu übernehmen. Sie ist einer der lebendigsten Träger der Verständigung zwischen den Völkern. Für wichtige Gebiete der Jugendhilfe, des Jugendschutzes und der Berufsausbildung wird die neue Regierung zeitgemäße bundesgesetzliche Regelungen vorlegen. Den Jugendarbeitsschutz wird sie verbessern.

9. Die neue Bundesregierung weiß, daß die Träger staatlicher Verantwortung der Unterstützung und des Rats der Sachverständigen bedürfen. Sie weiß auch, daß die geistigen Schichten eine besondere Verantwortung für unser Volk tragen.

Die Schatten der Vergangenheit gebieten uns gerade in diesen Tagen und Wochen, der Welt zu zeigen, daß die Bundesrepublik ihren Weg als demokratischer Staat unabhängig, frei und sicher geht

und gehen wird. Mit den Verbrechern jener Vergangenheit hat sie nichts gemein. Jene Vergangenheit hat bei uns keine Zukunft.

Aber kein Deutscher kann an der Geschichte seiner Nation vorbeileben. Es ist das Vorrecht des freien Menschen, seine Verantwortung zu sehen. Das nazistische Unheil ist nicht zuletzt deswegen über uns gekommen, weil die führenden Schichten unseres Volkes versagt haben. Unnötige Zwistigkeiten, unerlaubte Resignation oder freiwillige Isolierung in allerlei Elfenbeintürmen haben in jenen Jahren dazu geführt, daß das Feld freigegeben wurde, auf dem Opferbereitschaft und guter Wille mißbraucht, der deutsche Name entehrt und unter Zusammengehörigkeitsgefühl bis zum heutigen Tage vergiftet worden ist.

Unsere Jugend übernimmt ein schweres Erbe. Sie ist frei von Schuld und Verantwortung. Aber unsere Geschichte ist eine Einheit, und wir müssen alle zusammen im Einklang mit ihr leben, nicht nur mit ihren glanzvollen geistigen Höhepunkten, sondern auch mit ihren dunklen Abgründen.

Dies meinen wir, wenn wir davon sprechen, daß unser Volk mit sich selbst versöhnt werden muß. Niemand von uns kann diese Vergangenheit von unserem Volk abwerfen. Niemand kann sich auch von ihr lossprechen. Wir haben sie zu tragen, aber wir haben dafür zu sorgen, daß wir darüber nicht die Gegenwart und die Zukunft verlieren. Ihr müssen alle Energie, aller Elan, aller Wille und alle Zähigkeit dienen. Aus der Vergangenheit sollten wir die Erfahrung mitnehmen, daß niemand abseits stehen darf, daß vor allem auch die geistigen Schichten sich nicht aussperren lassen dürfen, daß die Besten unseres Volkes, wo immer sie im einzelnen stehen, mitwirken müssen. Kein guter Deutscher kann seine Verantwortung für das, was heute ist und morgen sein wird, leugnen. Unsere Zukunft wird das Abbild dessen sein, was wir heute alle miteinander zu tun bereit sind, und niemand, der den guten Willen hat, darf ausgeschlossen werden.

In diesem Sinne wünschen wir uns die Verantwortung. Ich glaube daran, daß es in diesem Geiste gelingen wird, unser Volk endlich gesund zu machen und gesund zu erhalten.

IV.

Wir haben an uns selbst die Forderung zu stellen, daß innenpolitisch glaubhaft sei, was wir an Außenpolitik vertreten, und daß an unserer Außenpolitik erkannt wird, was uns innenpolitisch Wirklichkeit

ist. Dies ist eine Einheit; ob Kopf oder Zahl — es sind immer nur die zwei Seiten einer einzigen Münze.

Das zeigt sich an der ersten Aufgabe jeder deutschen Politik, der Erringung des Selbstbestimmungsrechts, der Wiederherstellung der staatlichen Einheit. Das oberste Gebot, dem sich dieses Ziel unterzuordnen hat, ist die Erhaltung des Friedens. Die neue Bundesregierung wird freilich weder Freunde noch Gegner darüber im unklaren lassen, daß sie den aktiven Anspruch auf die Zusammenführung der deutschen Menschen nicht aufgeben wird. Wer etwas anderes glaubt, der hängt Illusionen nach. Das Selbstbestimmungsrecht, das einen Siegeszug um die ganze Welt angetreten hat, wird auf die Dauer auch an den deutschen Grenzen nicht aufzuhalten sein. Selbst wenn wir heute kein Datum wissen, — die Tage des Neo-Kolonialismus im Zentrum Europas sind schon gezählt.

Wir rufen unseren Landsleuten in der Zone zu, daß wir ihnen danken für ihr Ausharren; wir rufen ihnen zu, für alle Zeiten sich nicht dem kommunistischen Regime zu beugen. Wir erfüllen damit eine Aufgabe, die im Interesse unseres ganzen Volkes liegt. An ihrer inneren Abwehr, an ihrer Kraft, sich die Reste individueller und geistiger Freiheit zu bewahren, entscheidet sich das Schicksal dieses Volkes. Sie, unsere Landsleute, unsere Freunde und unsere Familien in der Zone sollen wissen, daß wir sie heute hier mit einbeziehen, daß wir fühlten, als wären sie hier dabei, wenn wir dieses Regierungsprogramm für die Zukunft unseres Volkes verkünden.

Unsere aus der Heimat vertriebenen oder geflüchteten Landsleute sollen wissen, daß die neue Regierung niemals eine Politik hinter ihrem Rücken betreiben wird.

Die neue Bundesregierung wird jedem Versuch wehren, die Zwei-Staaten-Theorie in unser Denken aufzunehmen. In der Bundesrepublik Deutschland ist die demokratische Ordnung nicht auf Widerruf geschaffen, aber die Bundesrepublik ist nicht des Deutschen ganzes Vaterland. So will es auch das Grundgesetz.

Ich brauche nicht viele Worte zu machen, wie ernst es der neuen Bundesregierung sein wird, die Freiheit Berlins zu erhalten und seine enge Verbindung mit dem größeren Teil des freien Deutschland zu bewahren. Unsere Behauptung in Berlin, das ist die Behauptung unseres Anspruchs auf die Einheit unseres Volkes. Damit dienen wir auch dem Frieden der Welt.

Dies sind die Richtlinien unserer Außen- und Sicherheitspolitik.

1. Die außenpolitische Stellung der Bundesrepublik auf der Seite des Westens ist unverrückbar. Das schließt ein die korrekte Erfüllung aller außenpolitischen Verträge und die Treue zum atlantischen Verteidigungsbündnis. Auch die Sowjetunion wird von dieser Tatsache ausgehen müssen. Das ist das Ergebnis einer geschichtlichen Entwicklung, die nicht wiederholbar ist. Wir werden der gegenwärtigen Regierung nicht den Gefallen tun, die Tatsachen von heute zu leugnen, die sich aus nüchterner Bestandsaufnahme ergeben.

2. Die neue Regierung wird die Verteidigungspolitik in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der NATO führen, wird für eine bessere politische Koordinierung und für eine Arbeitsteilung in der Atlantischen Gemeinschaft eintreten. Die NATO muß von dem Zwang befreit werden, in Fällen konventioneller Aggressionen atomare Waffen einsetzen zu müssen. Wir werden deshalb an unsere europäischen Verbündeten den Wunsch richten, sich stärker als bisher an der konventionellen Rüstung zu beteiligen.

Die neue Bundesregierung wird die notwendigen Lasten auch dem eigenen Volk zumuten müssen. Die Bundeswehr muß den in der NATO beschlossenen Umfang haben. Dazu kann derzeit auf die Wehrpflicht nicht verzichtet werden.

Die neue Bundesregierung wird eigene Vorschläge zu einer gleichwertigen und kontrollierten Abrüstung machen. Verteidigungsbereitschaft und Rüstungskontrolle sind die beiden Seiten unserer unteilbaren Sicherheit. Das erfordert ein besonderes Amt in der Bundesregierung. Die neue Bundesregierung wird sich innerhalb des Bündnisses gegen die Gewährung der Verfügungsgewalt über atomare Waffen an weitere Staaten aussprechen. Sie wird das Doppelspiel in der Frage der Atombewaffnung beenden und jeden Verdacht beseitigen, daß die Bundesrepublik auf diesem Gebiet und auf diese Weise an Gewicht gewinnen will.

Unsere Soldaten haben Anspruch darauf, daß in der Bundeswehr veraltete Waffen und Fahrzeuge durch modernes Gerät ersetzt werden. Die neue Bundesregierung wird die Bundeswehr führen, aber nicht verwalten. Sie wird sich dabei von erfahrenen Offizieren beraten lassen. Sie bringt den Soldaten das selbstverständliche Vertrauen entgegen; denn die Bundeswehr dient immer nur dem ganzen Staat und darf niemals Werkzeug der jeweils regierenden Partei sein.

3. Das Werk der europäischen Einigung ist unvollkommen geblieben. Die Aussöhnung mit unserem französischen Nachbarn wird vom

ganzen Volk getragen und hat eine schwere Last von der europäischen Entwicklung genommen. Die Bildung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft war ein großer Schritt nach vorne. Die Bundesregierung wird darauf hinwirken, daß die Zersplitterung innerhalb der bestehenden Gemeinschaften beseitigt und die parlamentarischen Kontrollen verstärkt werden. Aber Europa besteht nicht nur aus der Gemeinschaft der Sechs. Die neue Bundesregierung wird alle Anstrengungen machen, um den Gegensatz zwischen EWG und EFTA so schnell wie möglich zu überwinden und damit vor allem auch engere Beziehungen zu Großbritannien herzustellen. Jeder Zeitverlust erschwert die Zusammenarbeit des ganzen Europa. Die Bundesregierung wird die neue Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) unterstützen und aktiv in ihr mitarbeiten.

4. Zu den neuen Elementen ihrer Außenpolitik werden die Bemühungen der künftigen Regierung gehören, mit allen osteuropäischen Völkern, vor allem auch mit dem polnischen Nachbarvolk, friedlich zusammenzuarbeiten und das Verhältnis zu ihnen zu versachlichen. Einem Friedensvertrag kann dabei nicht vorgegriffen werden. Der neuen Bundesregierung wird es hier nicht nur um Formalitäten, sondern es wird ihr um den Inhalt der Beziehungen gehen. Ein besseres gegenseitiges Verständnis kann ohnehin nicht beschlossen werden, sondern es muß gewollt, gefördert und gepflegt werden, unabhängig von den gegenwärtigen politischen Schwierigkeiten. Wir müssen uns dabei immer daran erinnern, daß Europa nicht an der Elbe aufhört und daß wir einer europäischen Zusammenarbeit den Weg ebnen müssen, die Ost und West zusammenführt.

5. In der Entwicklungshilfe hat die bisherige Bundesregierung eine unglückliche Rolle gespielt. Sie hat die Aufgabe zu spät erkannt und dann geglaubt, mit großen Summen eine fehlende Konzeption ersetzen zu können. Die Bundesrepublik kann und will auf die Freundschaft der jungen Nationen nicht verzichten. Wir wollen sie gewiß nicht zu Verbündeten im Kalten Krieg, sondern zu Freunden, denen wir mit Respekt vor ihrem eigenen Weg, ihrer eigenen Tradition und ihrer besonderen Lage gegenüberreten. Wir müssen bereit sein, zu helfen, wo diese Hilfe erwünscht ist und wo sie im Rahmen unserer Möglichkeiten liegt. Die neue Bundesregierung wird das verwaltungsmäßige Durcheinander beseitigen und fortlaufend einen angemessenen Betrag in den Haushalt einstellen. So dienen wir unserem Wunsch und unserer Glaubwürdigkeit, Menschen zu helfen, die noch immer von Hunger und Seuchen geplagt

sind. Sie haben das gleiche Recht wie wir, menschenwürdig zu leben. Die neue Bundesregierung sieht eine weltweite Partnerschaft bewußt als einen ihrer außenpolitischen Schwerpunkte. Die neue Bundesregierung wird geeignete junge Menschen aufrufen, den jungen Nationen zu helfen, und wird dafür sorgen, daß den Entwicklungshelfern bei der Rückkehr in ihre Heimat keine Nachteile erwachsen.

6. Die neue Bundesregierung wird alles tun, um die fachlichen Fähigkeiten und die Verantwortungsbereitschaft des Auswärtigen Dienstes der Bundesrepublik zu mehren und wirkungsvoll zu nutzen. Wir glauben nicht, daß in dieser komplizierten Welt die Eingebung eines Mannes oder die Sachkunde einiger weniger für alle Probleme ausreicht.

7. Die auswärtige Kulturpolitik der Bundesrepublik muß verbessert und wirksamer zusammengefaßt werden. Hierzu bedarf es vertrauensvoller Zusammenarbeit mit den Ländern und mit den freien Kräften der Kunst, der Wissenschaft und der Volksbildung. Die neue Bundesregierung wird einen Deutschen Rat für internationalen Kulturaustausch berufen. Dieser wird sich vor allem auch der kulturellen Entwicklungshilfe anzunehmen haben. Die deutsche Mitarbeit in der UNESCO ist zu verstärken. Über die Förderung der deutschen Sprache und Bildung hinaus muß ein lebendiger Eindruck außerhalb unserer Grenzen davon vermittelt werden, daß Deutschland wieder eine Heimstätte des Geistes ist und nicht nur ein Land des wirtschaftlichen Erfolges. In diesem Sinne werden wir auch der Kulturpropaganda des Zonenregimes positiv und überzeugend begegnen.

Die künftige deutsche Außenpolitik wird, wenn wir sie bestimmen, ein Spiegelbild der neuen deutschen Innenpolitik sein, aufgeschlossen, verantwortungsbereit, loyal, verpflichtet dem Ausgleich der Interessen, der Entspannung und dem Frieden.

Wir werden den Kampf um die Verwirklichung dieses Programms sachlich, hart, positiv, aber vor allem offensiv führen. Wir werden wirksamere Werbemittel als früher einsetzen. Aber diese Wahlen werden nicht entschieden in den Büros von Meinungsmachern und Meinungsmanipulatoren, sie werden nicht entschieden durch mehr oder weniger gerissene Reklametricks. Diese Wahlen werden entschieden in den Herzen und in den Köpfen unserer Mitbürger. Wir werden zu ihnen hingehen, wir werden ihnen in die Augen sehen und mit ihnen das große Gespräch führen, das dann in die Entscheidung des 17. September einmündet.

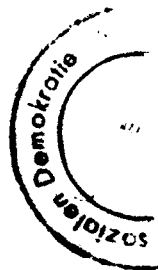
Wir werden den Gegner, der sich hinter der Mauer von Vorurteilen und aufgeputzten Gefühlen verschanzen will, aus dem Versteck heraustreiben, wir werden ihn stellen und schlagen. In Arroganz und Hoffart glauben die Berater des CDU-Chefs sich um das klärende Gespräch im Deutschen Fernsehen herumdrücken zu können. Sie werden gerade diesen Entschluß noch bereuen. Dieser Wahlkampf wird nämlich zu einer einzigen großen Debatte vor dem ganzen Volk werden.

Auf unserer Seite befindet sich die Kraft einer Volkspartei, die Überzeugungstreue und die Hilfsbereitschaft unserer Freunde überall. Stärker als früher stoßen zu uns auch unabhängige Gruppen, große Teile der jungen Generation und der geistigen Kräfte. Wir werden um jede einzelne Stimme ringen. Wir werden den vielen Menschen, die eigentlich unsere Freunde sind, helfen, über veraltete Klischeevorstellungen hinwegzukommen und den Weg zur richtigen Entscheidung zu finden. Wir machen uns zum Dolmetsch dessen, was zeitgemäß und was für unser Volk gut ist. Die Menschen wollen, daß unsere Bundesrepublik zu einer wahren Heimstätte wird. Sie wollen mit uns Ausgleich nach innen und nach außen.

Regierungsprogramm und Wahlkampf sind ein einheitliches Ganzes. Mannschaft und Parteiführung sind eine Einheit. Alles ist aufeinander abgestimmt, alles fügt sich ineinander. Gemeinsam ringen wir um das Vertrauen unseres Volkes. Niemand wird sich dabei schonen. Gemeinsam werden wir die Signale auf freie Fahrt stellen, auf freie Fahrt für eine neue deutsche Politik.

Ich bin gefragt worden, warum ich mich im vergangenen Jahr bereit-erklärt habe, für das Amt des Bundeskanzlers zu kandidieren, ob ich es nötig gehabt hätte, mich zur Zielscheibe politischer Heckenschützen machen zu lassen, ob ich mich nicht allein auf mein Berliner Amt hätte konzentrieren sollen. Nun, die Heckenschützen hätten auch eine andere Zielscheibe gefunden. Im übrigen haben sie nur zu erkennen gegeben, daß sie vor unserer Herausforderung und meiner Kandidatur Angst haben. Daß ich in Berlin eine große Aufgabe zu erfüllen habe, weiß ich selbst am besten.

Aber Berlin liegt nicht auf einem anderen Stern, und die Entscheidung, um die es hier geht, ist für Berlin mindestens so wichtig wie für jede andere Stadt. Ich hatte und habe die große Sorge, daß die Zukunft Deutschlands aufs Spiel gesetzt wird, wenn eine verbrauchte



Führung an der Macht bleibt. Und außerdem: Wer zur Kandidatur für dieses Amt gerufen wird, darf sich nicht verweigern und darf kein persönliches Opfer scheuen. Das ist auch das Ergebnis einer ernstesten Prüfung vor mir selbst.

Es geht darum, daß unser Volk nicht stehenbleiben darf. Der Zukunft und des Lebens wegen muß unser Volk weiter voran. Wir werden die Wahlen gewinnen, weil wir regierungsfähig sind, weil wir verantwortungsbereit sind, weil wir selbstbewußt und entschlossen sind, und weil wir siegen wollen.

Man darf nicht nur, nein, man soll unser Programm unter die Lupe nehmen. Niemand wird guten Gewissens sagen können, es enthalte leichtfertige Versprechungen. Niemand wird sagen können, wir hätten es uns leicht gemacht. Nein, man wird, wenn auch hier und da widerwillig, zugeben müssen, daß hier ein Alternativprogramm aus einem Guß unterbreitet worden ist. Wir haben sachlich dargelegt, was wir in den nächsten vier Jahren durchführen können. Auch dort, wo wir uns mit einem knappen Hinweis begnügen mußten, liegen sorgfältige Ausarbeitungen vor. In dem einen oder anderen Punkt wären wir gern einige Schritte weitergegangen. Wir haben es nicht getan, weil wir uns nichts vornehmen wollen, was wir nicht verantworten können. Jeder unserer Vorschläge ist hieb- und stichfest. Unabhängige Fachleute haben die finanziellen Auswirkungen dieses Programms in seiner Gesamtheit geprüft und durchgerechnet. Es ist solide und ehrlich, und ich verbürge mich für seine Durchführbarkeit.

Unser Volk spürt, daß die alte Richtung abgewirtschaftet hat, daß die alten Kräfte verbraucht sind. „Adenauer, Ehrhardt und die Mannschaft“, das ist ein Schlagwort für Vergeßliche. Es soll vergessen machen, daß der gegenwärtige Bundeskanzler selbst seinen Stellvertreter für unfähig erklärt hat, sein Nachfolger zu werden.

Es ist ein Schlagwort, das die Menschen täuscht. Ich bin überzeugt, daß unser Volk weiß: Wer CDU wählt, der wählt nicht Adenauer, der wählt auch nicht Erhardt, sondern einen ganz anderen.

Unser Programm atmet den Geist unserer Zeit. Es ist der Ausdruck neuen Stils. Es geht um mehr als um einen Wechsel der Parteien. Was von unserem Volk erwartet wird, ist ein Bekenntnis des Vertrauens in seine eigene Zukunft.

Die Ruinen des Alten müssen wir hinter uns lassen, die Vergangenheit müssen wir überwinden. Es geht darum, einen neuen Bundestag und durch ihn eine neue Regierungsspitze und damit eine neue Regierung zu wählen, eine Bundesregierung, die den Weg nach vorn kennt und die besten Kräfte des Volkes zusammenfaßt. Es geht um die Absage an Selbstgefälligkeit, Verneinung und Entzweiung. Es geht um den Sieg unseres Programms der Zuversicht und der Tatkraft, des Verantwortungsbewußtseins und der Gerechtigkeit. Der Erfolg dieses Regierungsprogramms wird ein Sieg unserer Nation sein.

Waldemar von Knoeringen,

Stellvertretender Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Das Regierungsprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist verkündet. Hinter diesem Programm steht eine Partei, die über ein Jahrhundert hinweg nur eine Idee gekannt hat: dem Menschen zu dienen. Freiheit und Gerechtigkeit für jeden einzelnen und Demokratie für alle! In keiner Stunde unserer Geschichte haben wir diese Worte zu einem leeren Lippenbekenntnis erniedrigt.

Wenn ich durch die Reihen vor mir schaue, sehe ich manchen in diesem Saal, der in den Jahren vor 1933 mit dieser Partei gemeinsam von einer Wahlschlacht zur anderen gezogen ist, damals, als sich die Sozialdemokratische Partei gegen den Terror Hitlers wandte, und damals, als sie auch gegen den Kommunismus kämpfte. Die deutschen Arbeiter haben mit der Sozialdemokratie in den letzten Bastionen der Freiheit gekämpft, auch dann, als die bürgerlichen Parteien bereits aufgegeben hatten. Der Nationalsozialismus hat den Geist der Sozialdemokratie nicht gebrochen. In der Illegalität des innerdeutschen Widerstandes und im Exil war diese Partei Sprecherin eines anderen, eines besseren Deutschland.

Ihre Festigkeit wurde besiegelt mit dem Opfertod von Hunderten bewußter Sozialdemokraten, die in der Illegalität ihr Leben gegeben haben. Ihr Geist ist hier mitten unter uns. Er ist bei uns, wenn wir nun wieder in den Kampf ziehen. Er bestimmt die Haltung der heutigen Sozialdemokratie.

Vor zwei Wochen hat ein Kongreß von Sozialdemokraten getagt, die in der Zone wegen ihrer politischen Gesinnung angeklagt und verurteilt wurden. Zehntausend Jahre Kerker standen über dem Transparent vor der Godesberger Kongreßhalle. Wissen wir eigentlich, welche moralische Kraft in diesem Widerstand, in diesem Opfer steckt, wieviel harte, bittere Stunden der Einsamkeit, der Verzweiflung und dennoch des Glaubens? Es ist ein eindrucksvolles Zeugnis dafür, daß die Sozialdemokratische Partei den sittlichen Kern ihres

Wesens in nichts gewandelt hat. Wir Sozialdemokraten — manche mögen es bedauern — haben wenig Fähigkeiten, aus den Opfern unserer Bewegung Helden und Heilige zu machen. Es widerstrebt uns, diese Opfer in die billige Münze der Propaganda umzuschlagen. In Köln vor dem Parteitag der CDU hat Bürgermeister Amrehn erklärt, in Berlin entscheide sich das Schicksal unserer Freiheit. Was er der CDU nicht gesagt hat und was wir daher um so lauter sagen müssen, das ist die geschichtliche Wahrheit, daß in Berlin der Kampf um die Freiheit der deutschen Hauptstadt unter der Führung deutscher Sozialdemokraten durchgestanden wurde. Als diese Stadt für uns alle, für die ganze westliche Welt das Schicksal der Demokratie in ihren Händen hielt, da war es diese Partei, der wir angehören, die die Last der Verantwortung trug. Als viele schwiegen, hat sie gesprochen, mutig, unbeugsam und treu den Prinzipien, für die sie immer angetreten ist.

Darum klingen in unseren Ohren die Sätze: „Die SPD ist unzuverlässig“, „sie ist nicht zuverlässig“. Gibt es in dieser Bundesrepublik eine Haltung, eine Gesinnung, eine Politik, die mehr Zuverlässigkeit, mehr Bekenntnis zur Demokratie, mehr Aufopferung im Dienst am freien Menschen bewiesen hat als diese Partei, deren überzeugendster Ausdruck vier Namen sind: Luise Schröder, Otto Suhr, Ernst Reuter und Kurt Schumacher? Sie sind als Symbol des Kampfes, der Treue und der Festigkeit der deutschen Sozialdemokratie für immer eingegraben in den Marmor der Geschichte. Keine geifernde Propaganda der Verdächtigung, auch wenn sie von Bundesministern kommt, wird sie auszulöschen vermögen.

Gerade darum macht es unsere Herzen so stark und erfüllt uns mit Hoffnung und Zuversicht, daß unsere Partei dem deutschen Volke als Träger höchster politischer Verantwortung den Mann empfiehlt, der an der Spitze jenes umkämpften Berlins steht: der Regierende Bürgermeister, unseren Willy Brandt.

Wenn Tradition und Stabilität, Zuverlässigkeit und Ehrlichkeit in der Politik ihren Sinn haben, so verbindet er sich mit der Sozialdemokratie, mit Berlin und mit Willy Brandt. Er ist ein Beispiel für die menschliche Substanz dieser Partei, aus der in einem Jahrhundert immer wieder Menschen hervorgingen, die an der Größe ihrer Aufgabe gewachsen sind. Durch die Berufung Willy Brandts zum Kanzlerkandidaten hat die Partei die Verbindung zwischen ihrer großen Tradition und dieser Stunde hergestellt.

Wir erinnern uns des Versprechens, das sich alle demokratischen Parteien im Jahre 1945 gegeben haben, als sie in dem Willen übereinstimmten, nie wieder um augenblicklichen Vorteils willen die

allen gemeinsame demokratische Grundlage zu erschüttern. Die CDU hat dieses Versprechen gebrochen. Sie hat in Köln die Integrität der Sozialdemokratie bezweifelt. Die Äußerungen führender CDU-Politiker zu dieser Frage sind nicht Teil des Wahlkampfes, sondern das Beispiel eines Aktes demokratischer Selbstzerstörung.

Die Stunde der Weltgeschichte ist zu ernst, als daß wir uns in Deutschland in diese Auseinandersetzung mit Anmaßung und billiger Rechthaberei verlieren könnten. Die Welt wandelt sich schnell. Deutschland ist keine Insel, deren Bewohner es sich leisten könnten, die Dynamik unserer Zeit zu ignorieren. Wer die Wandlungen dieser Welt bestreitet, um den Schein der Gültigkeit für eigene politische Prinzipien aufrechtzuerhalten, wer sich noch immer weigert, zu erkennen, daß eine neue politische Wirklichkeit den Mut zu neuen Initiativen fordert, wer befangen im Parteigeist diese neue Wirklichkeit leugnet, der betrügt sich selbst und der betrügt unser ganzes Volk.

Wer wie die CDU nach rückwärts blickt und am Vergangenen orientiert ist, dem ist die Zukunft verschlossen. Darum hat die CDU unser Haus schlecht bestellt. Betrachten und prüfen wir, wer in dieser Partei den Anspruch auf das Erbe politischer Macht erhebt, dann stehen wir nicht an, zu erklären, daß die Minister Strauß und Schröder nicht die Männer sind, die in persönlicher Distanz zur Macht die Macht der Demokratie bewahren. Maßloser Ehrgeiz war nur allzuoft die treibende Kraft zum Abenteuer.

Wir stellen fest: Die CDU ist dem Konservativen verhaftet. Sie ist nicht bereit, den Schritt vom Rechtsstaat, zur gerechten Ordnung unseres Staates zu vollziehen. Sie ist nicht willens, einen Kulturstaat zu schaffen, der allen Menschen dient. Damit ist sie auch nicht fähig, in der entscheidendsten Auseinandersetzung unserer Zeit dem Kommunismus eine überlegene kulturelle Ordnung entgegenzusetzen, aus der heraus allein die Offensive der Freiheit möglich ist.

Am 17. September geht es um mehr als um eine neue Regierung. Es geht um unsere Zukunft. Die Welt, die ganze Welt sucht nach einer neuen Ordnung. Der Platz, den wir in dieser Welt einnehmen werden, ist abhängig von unserem Beitrag für eine gerechte Ordnung und von unserer Bereitschaft, diesen Beitrag zu leisten.

Wir müssen es deshalb ablehnen, dem deutschen Volke die Satttheit und die Ruhe einzureden, weil wir wissen, daß diese Ruhe uns in den kommenden Jahren nicht gegeben ist, und weil wir um keinen Preis, auch nicht um den der Macht bereit sein werden, die Menschen dieses Volkes zu belügen,

Jeder Bürger unserer Bundesrepublik trägt Verantwortung. Keiner kann sich dieser Verantwortung entziehen. Daher werden wir in den kommenden Monaten alle aufrütteln müssen, um in ihnen den Funken der Selbstverantwortung zu entzünden. Wir wenden uns an Arbeiter und an Angestellte, an Bauern und an Handwerker, an den Geschäftsmann und an den Techniker, an Frauen und an Männer, an die, die ihre Heimat verloren haben, an alle, die aus der Katastrophe des letzten Krieges gelernt haben. Wir rufen in dieser Stunde die Intelligenz, gemeinsam mit der Sozialdemokratie eine bessere und gerechtere Ordnung zu schaffen. Diese Partei muß den Anspruch auf die geistige Führung im politischen Raum erheben.

Unser Appell wendet sich an die junge Generation. Ihr öffnen wir die Tore. Wir wissen, daß gerade sie es ist, die auf unserer Seite steht. Von ihr erwarten wir etwas Besonderes, nämlich die Radikalität zur Wahrheit, zur moralischen Sauberkeit in der Politik, ohne die eine umfassende Demokratisierung unserer Ordnung nicht möglich ist.

Hinter Willy Brandt sammeln sich die jungen, die fortschrittlichen Kräfte der deutschen Politik. Hinter dem Regierungsprogramm unserer Mannschaft steht eine Partei, bereit, die Verantwortung auf dem Weg in die Zukunft zu übernehmen. Wir folgen keiner Utopie, und wir suchen kein Paradies auf Erden. Nur die Wirklichkeit kann die Grundlage unserer Politik sein. Wir sind entschlossen, eine Ordnung zu schaffen, die in einer Welt höchster technischer Zivilisation die kulturelle Entfaltung der freien Persönlichkeit sichert.

Wir haben uns auf den Parteitag von Stuttgart, von Godesberg und von Hannover auf dem Boden der Wirklichkeit stehend ein Ziel gesetzt, das erreichbar ist, das wir anstreben ohne Fanatismus, aber mit aller Leidenschaft, deren wir fähig sind. Von hier aus rufen wir alle Sozialdemokraten zum höchsten Einsatz ihrer Kraft. Wir sind eine Gemeinschaft, die auch den Letzten umschließt, der irgendwo allein für diese Partei steht und kämpft.

Wir alle haben nur einen Willen: den Sieg der Sozialdemokratischen Partei! Voran mit Willy Brandt für eine neue Ordnung, die des Menschen würdig ist!

